

Antrag

öffentlich

Datum

19.09.2022

Nummer

A0182/22

Absender

SPD-Stadtratsfraktion

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

06.10.2022

Kurztitel

Kontingente an Covid19-Tests und Masken für freie Träger der Kinder und Jugendhilfe zur Bereitstellung an Kinder und Jugendliche sowie Praktikant*innen, die Kinder- und Jugendeinrichtungen besuchen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, ein angemessenes Kontingent an FFP2-Masken sowie Tests bereitzustellen, welche die Träger der Kinder- und Jugendeinrichtungen erhalten, um folgenden Personenkreis ebenfalls mit FFP2-Masken und Tests zu versorgen: Kinder, Jugendliche, Ehrenamtliche sowie Praktikant*innen. Hiermit soll ermöglicht werden, dass Kinder und Jugendliche niedrigschwellig an Masken kommen und durch Testmöglichkeiten in einem sicheren Umfeld an Angeboten der Einrichtungen teilnehmen können. Des Weiteren soll die Zielgruppe der Praktikant*innen mit erfasst werden, damit diese ihre Praktika entsprechend sicher wahrnehmen können. Die Angemessenheit ist daran auszurichten, dass es Kindern und Jugendlichen ermöglicht wird, an den Angeboten der Einrichtungen teilnehmen zu können und vorher die Möglichkeit haben, sich zu testen, sowie eine ausreichende Anzahl an Masken zur Verfügung steht. Für die Praktikant*innen und Ehrenamtlichen soll ein Kontingent zur Verfügung stehen, welches sich an dem jeweiligen Testregime und weiteren Vorgaben der Einrichtung für die Mitarbeitenden orientiert.

Begründung:

Mit Blick auf den bevorstehenden Herbst und Winter soll den Kinder- und Jugendeinrichtungen die Möglichkeit gegeben werden, Ihre Veranstaltungen und Angebote in einer sicheren und möglichst infektionsfreien Situation anzubieten. Hierzu ist es notwendig, dass die Stadt auch für Kinder, Jugendliche, Ehrenamtliche sowie Praktikant*innen COVID-19 Tests sowie FFP2 Masken zur Verfügung stellt.

Des Weiteren hat der Bundesgesetzgeber mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes die Möglichkeit eröffnet, dass der Landesgesetzgeber in Stufen weitere Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung ergreifen kann. Dementsprechend ist auch die ausreichende Versorgung der Kinder- und Jugendeinrichtungen sicherzustellen.

Jens Rösler
Fraktionsvorsitzender
SPD-StadtratsfraktionJulia Brandt
Stadträtin
SPD-Stadtratsfraktion